

### **Die EU ist nicht reformierbar!**

Es bestätigt sich Lenins Erkenntnis von einst:  
„Die Vereinigten Staaten von Europa unter  
kapitalistischen Verhältnissen sind entweder  
unmöglich oder reaktionär!“

Das Monopolkapital und ihre Beauftragten als Regierung  
der BRD brauchen die EU für ihren  
„Aufstieg zur Weltordnungsmacht“.

Nur durch Kampf gegen die EU, angefangen im eigenen  
Land, sind die Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik  
des Finanzkapitals und ihrer Vollstrecker in der Regierung  
zurückzudrängen und eine antiimperialistische Alternative -  
ein sozialistisches und friedliebendes Europa - zu erreichen.

Zentralkomitee der KPD, LO Berlin der KPD, Redaktion „Die Rote Fahne“:  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon 030-982 19 30 Fax: 030-978 966 69  
Internet: [www.k-p-d.org](http://www.k-p-d.org) E-Mail-Adresse: [info.drf@k-p-d.org](mailto:info.drf@k-p-d.org)

(Raum für eigene Informationen)



**NEIN**  
**NEIN**  
**NEIN...**

**zur**

**Europäischen  
Union  
und ihren Organen!**

**Lesen Sie weiter...**

1. Der Europäischen Union (EU) fehlt jegliche Legitimität der Völker Europas, denn sie haben dieses Machtzentrum der führenden Monopole des Militär-Industriellen Komplexes nicht gewählt.

Die EU ist hinsichtlich ihrer Struktur, ihrem Programm (dem sogenannten Lissabon-Vertrag) und durch ihre praktische Politik gemeinsam mit den USA auf die Neuaufteilung der Welt mittels wirtschaftlicher und politischer Expansionen und militärischer Interventionen ausgerichtet.

2. Der Lissabon-Vertrag als Neuauflage der gescheiterten EU-Verfassung orientiert auf militärische Einsätze, die als „Friedenseinsätze“ getarnt und verkündet werden. Die Mitgliedsländer werden zur militärischen Aufrüstung verpflichtet. Der Aufbau einer schnellen Eingreiftruppe zum militärischen Eingreifen wird gefordert, die „bei Notwendigkeit“ auch unabhängig von UNO- und NATO-Beschlüssen wirksam werden soll.

3. Wichtige Souveränitätsrechte der EU-Staaten gehen an EU-Behörden über. Damit werden die Interessen der führenden Monopole durchgesetzt. Die Gültigkeit des Unionsrechts vor dem Recht der Mitgliedsstaaten ist mit existentieller Staatlichkeit unvereinbar!

4. Das Verbot des Angriffskrieges und das Gewaltverbot, wie im Grundgesetz der BRD und der UNO-Charta noch enthalten, ist im sogenannten Lissabon Vertrag nicht mehr zu finden.

5. Die Verpflichtung zur neoliberalen Marktwirtschaft, also die Hinwendung zum kapitalistischen System, zur Privatisierung von Produktionsmitteln, ist im Lissabon-Vertrag festgeschrieben, nicht aber im Grundgesetz der BRD. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums und des Staates steht nicht im Vertrag.

6. Die Rechte des Parlaments der EU sind im großen Maße schon „vorsorglich“ eingeschränkt. Das Europäische Parlament wird nur zusammen mit dem Rat (Minister der Länder) und auf Antrag der Kommission als Gesetzgeber tätig. Auch hat das Europäische Parlament keine Entscheidungsbefugnis über die Außen- und Sicherheitspolitik. Diese wird vom Eu-

ropäischen Rat (Staats- und Regierungschefs) zusammen mit dem Rat (Minister der Staaten) wahrgenommen. Das Parlament wird lediglich informiert. Der Erlass von Gesetzgebungsakten ist ausgeschlossen.

Wozu braucht man also an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzunehmen, wenn das Parlament über so grundsätzliche Lebensfragen der Völker von Frieden und Krieg nicht entscheiden darf?

7. Die EU forciert mit ihren Organen den Generalangriff auf die Rechte der Mehrheit der Menschen: der Ausbau totalitärer Sicherheitssysteme wird immer hemmungsloser vorangetrieben. Die Überwachung richtet sich vor allem gegen Linkskräfte, gegen Personen, die der Repressions- und Aggressionspolitik Widerstand entgegen setzen. Dies geschieht z.B. mit dem totalen länderübergreifenden Datenabgleich von Fingerabdrücken und DNA-Analysen und dem Ausbau des europäischen Fahndungssystem.

8. Die EU bedeutet weiteren Sozialabbau. Die in mühsamen Kämpfen erreichten sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse werden mit Hilfe der EU-Politik weiter abgebaut: durch weitreichende Vorgaben zur Privatisierung von Versicherungsleistungen und Rentensystemen, durch Einführung von Marktgesetzen der Profitorientierung auch in den Bereichen der Bildung, Kultur, Gesundheit sowie durch Ausweitung von Arbeitszeitregelungen zum Nachteil der arbeitenden Bevölkerung.

9. Die EU orientiert auf die Anpassung des Bildungswesens an Konzerninteressen mit der vorrangigen Ausrichtung auf Elitförderung statt eines kostenfreien, einheitlichen Bildungssystems.

10. Die EU fördert nicht das Zusammenwachsen der Völker auf der Grundlage einer Friedenspolitik, der Gleichberechtigung und der Völkerverständigung. Im Gegenteil: der systemimmanente Konkurrenzkampf und die Profitgier führen zu einer immer grösseren Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der EU-Staaten und ihrer zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Unterwerfung, vor allem unter Vorherrschaft der BRD.